

Interview:
Friedhelm Werner

„Die Wähler schauen zuerst auf die Köpfe“



Friedhelm Werner,
Leiter des Bildungswerks für Kommunalpolitik Baden-Württemberg

Friedhelm Werner ist momentan besonders viel unterwegs. Der Leiter des Bildungswerks für Kommunalpolitik Baden-Württemberg (Alb-Donau-Kreis) erklärt Parteien und Wählervereinigungen, was sie jetzt tun müssen, um die Kommunalwahl zu bestehen. Kandidatengewinnung steht gerade im Vordergrund.

Staatsanzeiger: Was ist rund sieben Monate vor der Wahl die wichtigste Aufgabe der Parteien und Wählervereinigungen?

Friedhelm Werner: Es geht darum, Kandidatinnen und Kandidaten für ein Mandat zu gewinnen und bisherige Mandatsträger zu motivieren, wieder anzutreten. Das heißt, sie brauchen Persönlichkeiten, die sich für ihre Stadt interessieren und die sich für das Programm der Gruppierung oder Partei begeistern lassen. Je bekannter diese Menschen sind, desto besser ist es für den Wahlerfolg. Wichtig ist auch, dass man sich Gedanken macht, mit welchen Themen und Positionen man die Stimmen der Wählerinnen und Wähler gewinnen möchte.

Gibt es den einen Königsweg, Menschen für die Kandidatur zu begeistern?

Nein, aber es gibt viele Gründe, die für eine Kandidatur sprechen. Als Gemeinderat kann man auf seine Stadt, auf sein Lebensumfeld direkt Einfluss nehmen. Wie gut die Kitas und Schulen ausgestattet sind oder wie die Stadt mit dem Klimawandel umgeht, das entscheidet der Gemeinderat. Wie der ÖPNV und die Sportmöglichkeiten ausgebaut werden, beschließt man ebenfalls im Hauptorgan. Der Gemeinderat bestimmt die Vereinsförderung und stellt, wenn es möglich ist, seiner Bürgerschaft eine moderne Bü-



Was ist maßgeblich für die Wahlentscheidung? Auf kommunaler Ebene sind es noch immer die Kandidaten. FOTO: DPA/SEBASTIAN GOLLNOW

cherei, ein Freibad oder ein Hallenbad zur Verfügung. Als Mandatsträger hat man also richtig Einfluss.

Wo findet man diese Menschen?

Im Ehrenamt. Das heißt in den Vereinen, den kulturellen und politischen Gruppen, in der Feuerwehr, in den Kirchen oder in den berufsständischen Verbänden. Auch in den Jugendgemeinderäten, den Elternbeiräten, Bürgerinitiativen und Bürgervereinen finden Sie Menschen, die kandidieren und wirksam ihre Stadt gestalten möchten. Wenn das nicht reicht, dann machen Sie Diskussionsrunden, Bürgertreffs oder laden mit der Landeszentrale für politische Bildung zu einer Talkrunde ein. Frauen

müssen wir besonders motivieren. Wir brauchen sie in den Räten. Und zum „Wie“ gibt es nur ein Erfolgsrezept: Immer persönlich ansprechen.

16-Jährige können erstmals kandidieren. Wie groß ist das Interesse, wie kann man speziell diese Gruppe ansprechen?

Meine Erfahrung ist, dass es Kommunen gibt, in denen der Boden durch die Jugendbeteiligung nach Paragraph 41a der Gemeindeordnung mit Jugendforen, Jugendgemeinderäten oder 8er-Räten an Schulen sehr gut vorbereitet wurde. Da können Sie auf viele interessierte junge Menschen zurückgreifen. Wer vorher keine Mitwirkungsmöglichkeiten angeboten hat, wird kaum 16-Jährige finden, die

zur Kandidatur bereit sind.

Nehmen Sie den Vertrauensverlust auf den höheren politischen Ebenen auch in der Kommunalpolitik wahr?

Auf jeden Fall. Der Vertrauensrückgang bei politischen Institutionen wie Bundeskanzler und Bundesregierung ist dramatisch besorgniserregend. Davon bleiben Städte und Gemeinden nicht verschont, denn hier vor Ort trifft die große Politik auf die Wirklichkeit. Und letztendlich müssen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Landräte und Landrätinnen damit umgehen, was auf Landes- und Bundesebene unzureichend, nicht schnell genug oder nicht wirksam geregelt wird. Dennoch sind Vertrauen

16 Jahre Rathauschef

Der 59 Jahre alte Friedhelm Werner ist von Haus Diplom-Verwaltungswirt und bringt viel Erfahrung in Kommunalpolitik und Verwaltungsarbeit mit. Über Stationen in Langenau, Ulm und im Alb-Donau-Kreis wurde er 1996 zum Bürgermeister von Laichingen gewählt und acht Jahre später mit 68 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt.

In dieser Zeit vertrat er seine Gemeinde auch im Kreistag des Alb-Donau-Kreises. 2012 kandidierte er nicht mehr für das Bürgermeisteramt und orientierte sich neu. Seit 2013 gibt er daher sein kommunalpolitisches Wissen als Berater, Dozent und Trainer weiter.

und Zutrauen in die Bürgermeister gerade in kleineren Gemeinden immer noch sehr hoch.

Sollte mit Blick auf die Kommunalwahlen zuerst das Programm oder die Kandidaten da sein?

Ich plädiere klar für die Kandidaten zuerst. Kommunalwahlen sind Persönlichkeitswahlen. Die Wählerschaft wählt gern Menschen, die man kennt und schätzt. Deshalb kommt bei mir zuerst die Persönlichkeit, dann das Programm und schließlich die Präsentation von Person und Programm. Bei der Kommunalwahl schauen die Wähler zuerst auf die Köpfe und lesen weniger die Programme.

Wie bewerten Sie die Rahmenbedingungen in der Kommunalpolitik, etwa die Finanzausstattung?

Die Rahmenbedingungen sind eine große Herausforderung geworden. Wir haben die Megatrends wie Klimawandel und Digitalisierung. Hinzu kommt, dass wir als Gesellschaft schnell älter und rasant bunter werden. Migration und Integration werden zur Megaaufgabe in den Städten und Landkreisen. Inflation und Zinsen sind zu hoch und fordern die kommunalen Haushalte zusätzlich, weil vor allem Wohnraum fehlt. Das bedeutet, wir brauchen Mut, Innovation, klare Prioritäten und einen Abbau von Bürokratie.

Das Gespräch führte Marcus Dischinger

Feierabend für Räte um 21 Uhr

Was die Grünen zur Kommunalpolitik fordern

WEINGARTEN. Die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen hat ein umfassendes Papier beschlossen, um die ehrenamtliche kommunalpolitische Arbeit attraktiver zu machen. Der Antrag stammt von der kommunalpolitischen Vereinigung „Grüne

Menschen in die Gremien zu bringen, sollen auch Schüler, Studierende oder Auszubildende einen Rechtsanspruch auf Freistellung erhalten. Die Grünen wollen die „Carearbeit“ für Familien oder für Angehörige entschädigen, um ein kommunalpoliti-

Fixes Zeitmaß für Kreistagsreden

Ravensburger Kreisträte wollen sich kurz fassen und entwickeln hierzu ein neues Reg

RAVENSBURG. Die Kreisträte im Kreis Ravensburg wollen nicht mehr so lange tagen. Deshalb haben sie ihre Redezeit begrenzt. Bisher gab es keine Beschränkungen. Eine Umfrage der Kreisverwaltung hatte zuvor ergeben, dass die Mehrheit der Räte zum Ergebnis kommt, dass man viel zu lange rede und es zu viele Wortmeldungen gebe. Mit einer neuen Regel

de. 61 Prozent halten die Zahl der Wortmeldungen für „zu viel“ oder „viel zu viel“. Drei Viertel der Befragten werten die Redezeitbegrenzung als eine Verbesserung für die Sitzungen. 86 Prozent von ihnen gefällt, dass Kreisträte erst dann zum zweiten Mal sprechen dürfen, wenn alle anderen Redner ihren ersten Beitrag geliefert

haben. Knapp fällt dagegen die Zustimmung in der Frage aus, ob einzelne Kreisträte in der Zahl ihrer Wortmeldungen je Punkt limitiert sein sollen (55 Prozent). Die Idee hat deshalb keinen Eingang in die neu formulierte Geschäftsordnung gefunden. Ob die Sitzungen jetzt kürzer ausfallen, bleibt unklar. Die Begren-

Pers
für B
Rats

BADEN-
sung fan
meinder

Mal wie
nanzieru
zwei Pu
sich das
für eigen
nen, zur
Mittel fü

Beim
nen ab
künftig
Verfügu
drei ode
spruch a
piert sin
ter in de
le Besch
entsprec
träge fe
zehn Mi
Euro im

Die
Mehrkos
neuen B
Baden p
mehr au
sonal gib
teln erhä
Euro pr
Euro. (d

Räte
mit
Mail

TAMM.

(Kreis Lu
tig diens
sich an
Beschäft
werden

über die
räte von
gung ge
Arbeit p
den Tas
einfache
gramm

Mit
ben der
in der K
werden.

bei Mail
nutzt we
meinder
Veröffen
adresse
seite zug
Telefon
diesen W
ter Besu
datsträg

zung ist
nig diszi

Ob L
nach der
gabe Rec
dann da
auf die
dings fra
Mandats
Frakti